

Die europäische Verfassung: Diskussion in Frankreich

von Dr. Ulrike Guerot

Es ist noch einmal gut gegangen. Am 1. Dezember haben die französischen Sozialisten in einer internen Parteiabstimmung mit 55% für die Ratifizierung der Europäischen Verfassung gestimmt, und damit ihrem prominenten Parteimitglied und ehemaligem Premierminister, Laurent Fabius, eine Absage erteilt. Fabius hatte mit der Parole ‚Die Verfassung ist nicht sozial‘ genug, versucht, Stimmung gegen den Verfassungsvertrag zu machen. Ist damit nun das Referendum über die EU-Verfassung in Frankreich, das wahrscheinlich im Mai stattfinden wird, gewonnen? Sicherlich war das ‚Ja‘ der Sozialisten ein positives, psychologisches Signal – zumal es europaweit überhaupt die erste öffentliche Abstimmung über diese Verfassung war.

Aber das Ergebnis einfach hochzurechnen, ist sicherlich problematisch. Der PS zählt nur ungefähr 170 000 Mitglieder, die per Definition alle ‚politisch interessiert‘ sind, sonst wären sie nicht in der Partei. 80%, also 136 000, haben sich beteiligt, davon haben 74 800 dafür gestimmt. Eine klare Schlussfolgerung, wie sich die knapp 60 Millionen Franzosen im Mai verhalten werden, kann man daraus gewiss nicht ziehen. Denn trotz aller Parteistreitigkeiten gehört der PS aus Tradition eher ins ‚pro-europäische‘ Lager. Dafür sorgten allein schon die großen Persönlichkeiten Francois Mitterrand und Jacques Delors. In den anderen französischen Parteien dürfte das Kräfteverhältnis anders aussehen. Am rechten Rand steht der in den Präsidentschaftswahlen 2002 erstarkte Front National, der sich seit jeher durch anti-europäische Stimmungsmache auszeichnet. Im Gegenzug dazu sind die pro-europäischen Zentristen, früher Giscard's UDF, heute Force Démocrate, politisch auf ein Mauerblümchendasein geschrumpft. Die Partei ist im Wesentlichen in der mehrheitlich gaullistisch ausgerichteten UMP (Union pour la Majorité Présidentielle) aufgegangen.

Die Gaullisten wiederum, die stärkste politische Kraft, waren und sind allenfalls verhalten europäisch. Zumindest starke europäische Institutionen haben sie nie gemocht, wenn auch viel Einfluss für Europa – solange Frankreich viel Einfluss in Europa hat. Die Verfassung indes bringt potentiell das Gegenteil: eine Stärkung der europäischen Institutionen, auf die Frankreich dann aber wegen der Erweiterung relativ weniger Einfluss haben wird. Wahre Verfassungsfans sind die Gaullisten damit sicherlich nicht.

Das zaudernde ‚Ja‘ zur Verfassung könnte weiter schrumpfen durch das klare ‚Nein‘ der öffentlichen Meinung Frankreichs zu einem EU-Beitritt der Türkei. Den Türkei-Beitritt könne man nur stoppen, wenn man ‚Nein‘ zur Verfassung sage, denn dann sei Europa erst einmal in der Krise und die Beitrittsverhandlungen würden gestoppt. So argumentieren gerade Europabefürworter, denen die politische Union Europas am Herzen liegt. Daher könnte es knapp werden in Frankreich, wenn auch ein knappes ‚Ja‘ wahrscheinlich ist, so wie schon bei der Entscheidung über den Vertrag von Maastricht 1992. Damals stimmten gerade einmal 51% für den Vertrag. Europa hat es zunächst geholfen, mit der Integration weiter zu machen. Aber dauerhaft ist es für Europa schädlich, nur die Hälfte der Bürger an Bord zu haben.

Und wenn es diesmal schief gehen sollte? Nun, die EU ist ein zähes Gebilde und im Krisenmanagement meistens sogar besonders gut. Also werden sich, zumindest auf der rechtlichen Ebene, Lösungen finden lassen. Auf der politischen Ebene indes wäre dies ein Schock für ganz Europa, denn mit Frankreich würde ein Gründungsland der EU, das Geburtsland von Robert Schuman und Jean Monnet, ein ‚Motorland‘ für Europa im Rahmen des deutsch-französischen Tandems und damit ein tragender Pfeiler der europäischen Architektur weg brechen. Deshalb geht es bei dem Verfassungsreferendum in Frankreich um mehr als wahrscheinlich in jedem andern Land um die Zukunft Europas an sich!

Dr. Ulrike Guerot, Senior Transatlantic Fellow German Marshall Fund of the United States, Berlin